

PFLEGE



**ECHT
GERECHT**
DEINWAHL

GUTE PFLEGE MUSS BEZAHLBAR SEIN!

Gute Pflege muss eine hochwertige Versorgung für alle Menschen sicherstellen. Sie darf weder Pflegebedürftige, ihre Angehörigen, noch Pflegen- de arm machen. Jede*r von uns kann einmal auf Pflege angewiesen sein, deshalb muss dieses Pflegerisiko als gesamtgesellschaftliche Aufgabe solidarisch abgesichert werden. Eine Pflegebürgerversicherung für alle, die sämtliche pflegerischen Kosten abdeckt, kann dies leisten, ohne die Versicherten sowie die Versicherung selbst zu überlasten. Sie muss aus gewerkschaftlicher Sicht von weiteren Maßnahmen flankiert werden: Die Finanzierung von Gebäuden, Technik und Infrastruktur muss sichergestellt sein. Menschen, die andere ehrenamtlich oder hauptberuflich pflegen, müssen unterstützt und abgesichert werden.

Die Pflegeversicherung muss auf neue Füße gestellt werden

Obwohl es in den letzten Jahren zahlreiche Pflegereformen gegeben hat, ist weiterhin zu wenig Geld in der Pflegeversicherung. Noch immer reichen die Leistungen nicht, um die Kosten für pflegebedürftige Menschen zu decken. Dies gilt besonders, wenn sie im Pflegeheim betreut werden (stationäre Pflege). Die Pflegeversicherung wurde 1994 als Teilleistungssystem konzipiert und sollte sicherstellen, dass pflegebedürftige Menschen nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein müssen. Pflegebedürftige im Pflegeheim tragen demnach alle Kosten, die nicht direkt die Pflege betreffen, selbst. Dazu gehören Unterkunft und Essen sowie Investitionen in Gebäude und Infrastruktur im Heim und sogar Ausbildungskosten für das Pflegepersonal. Die pflegebedingten Kosten sollen dagegen im Normalfall von der Pflegeversicherung komplett abgedeckt werden.

Doch die Realität stellt sich heute völlig anders dar: Neben den Kosten für Unterkunft und Essen sowie Investitionskosten von derzeit 1.237 Euro im Bundesdurchschnitt müssen auch Eigenanteile für die Pflegekosten in Höhe von 831 Euro selbst gezahlt werden. Nach aktuellen Berechnungen belaufen sich die Kosten für stationäre Pflege, die aus der eigenen Tasche zugezahlt werden müssen, somit auf 2.068 Euro im Monat – Tendenz steigend.

Viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen können sich dies schlichtweg nicht leisten. Mehr als 30 Prozent der stationär gepflegten Menschen befinden sich deshalb in der Sozialhilfe (Hilfen zur Pflege). Das war so nicht gedacht und muss dringend geändert werden.

Abb. 1: Finanzielle Belastung* einer pflegebedürftigen Person in der stationären Pflege
in Euro je Monat, 2018–2021, Bundesdurchschnitt



* durchschnittliche finanzielle Belastung ohne Ausbildungsumlage bzw. individuelle Ausbildungskosten
Quelle: vdek

Auch in der ambulanten Pflege herrscht Reformbedarf

Bei der Pflege zu Hause, die durch ambulante Pflegedienste unterstützt wird, fehlen einheitliche Qualitätsstandards. Betroffene Menschen werden dadurch zum Teil schlechter versorgt. Gerade Menschen mit geringem Alterseinkommen sind häufig auf die Unterstützung von pflegenden Angehörigen angewiesen oder gezwungen, auf notwendige Maßnahmen wie Betreuung oder haushaltsnahe Dienstleistungen zu verzichten, wenn die Sachleistungen der Pflegeversicherung nicht ausreichen.

Pflege darf nicht arm machen!

Aus gewerkschaftlicher Sicht muss sichergestellt werden, dass Pflege weder die Pflegebedürftigen selbst noch ihre Angehörigen arm macht. Das Pflegerisiko muss daher von der gesamten Gesellschaft solidarisch abgesichert werden. Dass dies grundsätzlich möglich ist, ohne die Versicherten finanziell zu überfordern, zeigen Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie der Universität Bremen („Die Pflegebürgerversicherung als Vollversicherung“, 2019).

Kurzfristig müssen die pflegerischen Eigenanteile für Menschen in Pflegeheimen begrenzt werden, bis die Pflegeversicherung von einer Teilkostenversicherung in eine Pflegebürgervollversicherung weiterentwickelt

wird. Dieser Zwischenschritt ist notwendig, um die finanzielle Belastung pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen zu begrenzen.

Durch das Versprechen der Politik, dass die Sozialversicherungsbeiträge bis 2021 insgesamt (d. h. für Kranken-, Pflege-, Unfall-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung) auf nicht mehr als 40 Prozent steigen, bleiben Finanzierungslücken. Die Mehrbedarfe der Pflegeversicherung können jedoch nicht vollständig aus Steuermitteln finanziert werden. Deshalb ist die Pflegebürgerversicherung für alle, die sämtliche pflegerischen Kosten trägt, unser politisches Ziel.

Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist entscheidend, dass bei einem entsprechenden Systemwechsel von Anfang an auch die Folgen für die Beschäftigten – sowohl in der Privaten Krankenversicherung, aber auch in der Gesetzlichen Krankenversicherung – berücksichtigt und sozial abgesichert werden. Ebenso dürfen Beamt*innen, die bislang in eigene Versorgungssysteme einzahlen, keine finanziellen Mehrbelastungen erwachsen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben wirksame Vorschläge zur langfristigen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung in eine Pflegebürgerversicherung gemacht und fordern folgende Maßnahmen für eine generelle Aufwertung der Pflege in Deutschland.

DER DGB FORDERT:

■ **Die neue Pflegekasse: Alle für eine, eine für alle**

Nur eine Versicherung, die von allen für alle finanziert wird, kann menschenwürdige Pflege dauerhaft ohne neue Pflegearmut garantieren. Dafür sollen auch Selbständige, Spitzenverdiener*innen und künftige Beamt*innen in eine solche Vollversicherung einzahlen. Die Leistungen der Versicherung sollen ausgeweitet, die Eigenanteile gesenkt werden – zum Vorteil von Versicherten und Pflegebedürftigen.

■ **Pflegekasse nicht plündern**

Versicherungsfremde Leistungen in der sozialen Pflegeversicherung, z. B. die Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen, müssen aus Steuermitteln finanziert werden – das gilt für alle Säulen der Sozialversicherung. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind aus Steuermitteln zu finanzieren.

■ **Bundesländer müssen die Investitionen bezahlen**

Für die notwendigen Investitionen in Gebäude und Einrichtungen sind die Länder zuständig, nicht die Heimbewohner*innen. Das ist nicht nur sinnvoll und gerecht – es ist auch so vereinbart.

■ **Pflegevorsorgefonds: Sinnvoll investieren statt besinnungslos sparen**

Bei Niedrigzinsen Geld zu parken, das in der Pflege dringend gebraucht wird, ist unsinnig und verantwortungslos. Die vorhandenen Mittel aus dem 2015 eingerichteten Pflegevorsorgefonds lassen sich sinnvoll verwenden: für mehr Personal, bessere Bezahlung und gute Pflege.

■ **Medizinische Betreuung gerecht finanzieren – egal wo gepflegt wird**

Pflegebedürftige in stationärer Pflege haben derzeit weniger finanziellen Anspruch auf medizinische Pflege durch die Krankenkassen als ambulant betreute Pflegebedürftige. Das ist ungerecht, hier wird an

der falschen Stelle gespart. Gleiches Recht für alle – egal, ob im Heim oder zu Hause gepflegt wird.

■ **Pflege darf keine Geldmaschine sein**

Pflegeelder dürfen nicht für Spekulationen von Anleger*innen und Fonds missbraucht werden, die auf dem Rücken der Versicherten fette Gewinne machen. Die Renditen müssen begrenzt und reguliert werden.

■ **Pflege und Job – das muss gehen**

Wer seine Angehörigen pflegt, muss die Möglichkeit haben, seine Arbeitszeit flexibel zu gestalten und im Anschluss in seinen vorherigen Arbeitsrhythmus zurückzukehren. Sich für Angehörige aufzuopfern, darf nicht zum beruflichen Nachteil werden.

■ **Einführung bundeseinheitlicher Personalvorgaben**

Nicht erst seit Corona ist klar: Wir brauchen ausreichend Pflegepersonal, und zwar nach individuellem Pflegebedarf. Die Personalbemessung muss sich daran ausrichten, dass hochwertige Pflege und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten möglich sind.

■ **Faire und attraktive Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Pflege**

Die Beschäftigten in der Pflege, zu 84 Prozent Frauen, leisten unter großen Anstrengungen – und in der Corona-Pandemie unter einem hohen persönlichen Risiko – tagtäglich wertvolle Arbeit mit Menschen. Diese Bereitschaft verdient einen fairen Lohn, der mit anderen Branchen vergleichbar ist. Nur so gelingt eine generelle Aufwertung des Pflegeberufs, der eine Versorgung auf hohem Niveau auch morgen ermöglicht.